

Aufhebung des Beschlusses der Stadtvertretung Eggesin vom 12.12.2024 zu Beschlussvorlage 24/376/00 und neuerliche Beschlussfassung über die Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Eggesin

<i>Fachamt:</i> Fachbereich Zentrale Steuerung und Organisation <i>Bearbeitung:</i> Sabine Grap	<i>Datum</i> 26.03.2025
--	----------------------------

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Geplante Sitzungstermine</i>	<i>Ö / N</i>
Finanzausschuss der Stadtvertretung Eggesin (Vorberatung)	08.04.2025	N
Ausschuss für Schule, Kultur, Sport, Jugend, Senioren und Soziales der Stadtvertretung Eggesin (Vorberatung)	10.04.2025	Ö
Hauptausschuss der Stadtvertretung Eggesin (Vorberatung)	15.04.2025	N
Stadtvertretung Eggesin (Entscheidung)	24.04.2025	Ö

Sachverhalt

Zu der am 12.12.2024 von der Stadtvertretung beschlossenen Neufassung der Hauptsatzung hat der Landkreis Vorpommern-Greifswald im kommunalaufsichtlichen Anzeigeverfahren Rechtsverstöße geltend gemacht (sh. Anlage 2). Konkret: Zum Ersten ist die Bestimmung eines automatischen Zeitablaufes der Bestellung der Gleichstellungsbeauftragten nicht zulässig. Zweitens ist die Gewährung von Sitzungsgeld für die Gleichstellungsbeauftragte nicht zulässig.

Mit dem vorliegenden 2. überarbeiteten Entwurf der Neufassung der Hauptsatzung wird den Rechtsverletzungen abgeholfen. Die monierten Regelungen wurden gestrichen.

Die im Weiteren von der Rechtsaufsichtsbehörde zur Beachtung gegebenen Hinweise werden größtenteils berücksichtigt, d. h. sind im Entwurf eingearbeitet bzw. ergänzt.

- Anmerkung zum Hinweis bzgl. des Widerspruchs in den Formulierungen zu Personalentscheidungen (§ 5 Abs. 4 und § 7 Abs. 4):

Entgegen der vorhergehenden Rechtslage verweist die im vergangenen Jahr novellierte Kommunalverfassung Personalentscheidungen nun in die ausschließliche Zuständigkeit des Bürgermeisters, mit nur einer Abweichung für ihm unmittelbar nachgeordnete leitende Bedienstete. Für diese erfolgt die Ausübung nur im Einvernehmen mit der Gemeindevertretung, soweit sie dies nicht auf den Hauptausschuss übertragen hat (was für Eggesin erfolgt ist). Dem öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen dem Amt „Am Stettiner Haff“ und der Stadt Eggesin von 01/2022 (örV) liegen bzgl. der Personalentscheidungen dagegen noch die früheren abweichenden kommunalverfassungsrechtlichen Vorgaben zugrunde. Insofern lassen sich die Vorgaben des örv heute nicht mehr 1:1 in der Hauptsatzung widerspiegeln.

- Anmerkung zum Hinweis bzgl. Beiräte (§ 11):
Auf eine entsprechende Satzung wird nun nicht mehr verzichtet. In dieser soll dann u. a. die kommunalaufsichtlich angesprochene erforderliche Konkretisierung hinsichtlich der Besetzung des Beirats erfolgen.

Der vorliegende Entwurf berücksichtigt ebenfalls das Ergebnis der Beratung durch die Stadtvertretung am 12.12.2024 (Zulässigkeit weiterer Beiräte; Namensberichtigung eines Beiratsmitglieds).

Die aus dem Vorstehenden resultierenden Änderungen sind in diesem 2. überarbeiteten Entwurf blau hinterlegt.

Im Übrigen gelten die weiteren Sachverhaltsaussagen der Beschlussvorlage vom 12.12.2024 grundsätzlich fort. Auf diese wird verwiesen. Dieser (unveränderte) Stand ist im Satzungsentwurf gelb hinterlegt.

Die Mehrkosten minimieren sich infolge des Wegfalls des Sitzungsgeldes für die Gleichstellungsbeauftragte.

Nach der Beschlussfassung schließt sich erneut das Anzeigeverfahren gem. § 5 Abs. 2 KV M-V mit dem 2-monatigen Äußerungsvorbehalt der Kommunalaufsicht an. Die Satzung darf erst nach Fristablauf oder vorheriger positiver Äußerung der Rechtsaufsichtsbehörde ausgefertigt und in Kraft gesetzt werden.

Beschlussvorschlag

Der Beschluss der Stadtvertretung Eggesin vom 12.12.2024 zu Beschlussvorlage 24/376/00 wird hiermit aufgehoben. Die Stadtvertretung der Stadt Eggesin beschließt gemäß § 5 Abs. 2 Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern in der geltenden Fassung die Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Eggesin in der Fassung gemäß der Anlage dieser Beschlussvorlage.

Anlage/n

1	2. überarbeiteter Entwurf Neufassung Hauptsatzung Eggesin öffentlich
2	Verfügung Landkreis Vorpommern-Greifswald vom 19.03.2025 öffentlich

Finanzielle Auswirkungen

	ja	nein			
fin. Auswirkungen	X				
im Haushalt berücksichtigt		X	Deckung durch:	Produkt	Sachkonto
				11.10.40.00	5011 0000
				11.10.40.00	5013 0000
				25.20.10.10	5019 0000
Liegt eine Investition vor?			Folgekosten		

Abstimmungsergebnis			
JA	NEIN	ENTHALTEN	BEFANGEN

 Stadtpräsident/in

2. überarbeiteter Entwurf der Neufassung der

Hauptsatzung der Stadt Eggesin

Aufgrund des § 5 Absatz 2 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Mai 2024 (GVBl. M-V S. 270, 351) wird nach Beschluss der Stadtvertretung vom und nach Anzeige bei dem Landrat des Landkreises Vorpommern-Greifswald als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde folgende Hauptsatzung der Stadt Eggesin erlassen:

§ 1 Name / Wappen / Flagge / Dienstsiegel

- (1) Die Stadt Eggesin führt ein Wappen, eine Flagge und ein Dienstsiegel.
- (2) Das Wappen zeigt in Silber einen blauen Sparren; zwischen den Schenkeln des Sparrens eine gezinnte rote Mauer mit aufgesetztem Zinnturm und geschlossenem goldenen Tor; über dem Turm schwebend einen roten Greif mit goldener Bewehrung.
- (3) Die Stadtflagge zeigt in fünf Längsstreifen abwechselnd die Farben Blau-Weiß-Rot-Weiß-Blau. Die blauen Streifen nehmen je ein Neuntel, der rote Streifen ein Achtzehntel der Flaggenhöhe ein. In der Mitte des Flaggentuches befindet sich das Stadtwappen, das den roten Streifen unterbricht. Die Höhe des Wappenschildes verhält sich zur Höhe des Flaggentuches wie 2 zu 3. Höhe und Länge des Flaggentuches verhalten sich zueinander wie 3 zu 5.
- (4) Das Dienstsiegel zeigt das Stadtwappen mit der Umschrift „Stadt Eggesin“.
- (5) Die Verwendung des Wappens durch Dritte bedarf der Genehmigung der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters.

§ 2 Rechte der Einwohnerinnen und Einwohner

- (1) Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister beruft **durch öffentliche Bekanntmachung** eine Versammlung der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt ein. Die Versammlung der Einwohnerinnen und Einwohner kann auch begrenzt auf Ortsteile durchgeführt werden.
- (2) Anregungen und Vorschläge der Versammlung der Einwohnerinnen und Einwohner in Selbstverwaltungsangelegenheiten, die in der Stadtvertretungssitzung behandelt werden müssen, sollen dieser in einer angemessenen Frist zur Beratung vorgelegt werden.
- (3) Die Einwohnerinnen und Einwohner, **die das 14. Lebensjahr vollendet haben**, erhalten die Möglichkeit, in einer Fragestunde im öffentlichen Teil der Stadtvertretungssitzung Fragen an alle Mitglieder der Stadtvertretung sowie die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister zu stellen und Vorschläge oder Anregungen zu unterbreiten. **Dies gilt entsprechend für juristische Personen und Personenvereinigungen, die in der Gemeinde Grundstücke besitzen oder nutzen oder ein Gewerbe betreiben sowie für jene, die ihren Sitz in der Gemeinde haben.** Die Fragen, Vorschläge und Anregungen dürfen sich dabei nicht auf Beratungsgegenstände der nachfolgenden Sitzung der Stadtvertretung beziehen. Für die Fragestunde ist eine Zeit bis zu 30 Minuten vorzusehen.
- (4) **Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister ist verpflichtet, im öffentlichen Teil der Sitzung der Stadtvertretung über wichtige Stadtangelegenheiten zu berichten.**

§ 3 Stadtvertretung

- (1) Die in die Stadtvertretung gewählten Bürgerinnen und Bürger führen die Bezeichnung

Stadtvertreterin oder Stadtvertreter.

- (2) Die oder der Vorsitzende der Stadtvertretung führt die Bezeichnung „Präsident der Stadtvertretung“ oder „Präsidentin der Stadtvertretung“.
- (3) Die Stadtvertretung wählt aus ihrer Mitte eine erste und eine zweite Stellvertretung der oder des Vorsitzenden.
- (4) Die Stellvertretungen der oder des Vorsitzenden werden durch Mehrheitswahl bestimmt.

§ 4 Sitzungen der Stadtvertretung

- (1) Die Sitzungen der Stadtvertretung sind öffentlich.
- (2) Die Öffentlichkeit ist grundsätzlich in folgenden Fällen ausgeschlossen:
 1. einzelne Personalangelegenheiten außer Wahlen und Abberufungen,
 2. Steuer- und Abgabenangelegenheiten Einzelner,
 3. Grundstücksgeschäfte.Sollten keine überwiegenden Belange des öffentlichen Wohls oder berechnigte Interessen Einzelner betroffen sein, sind auch die Angelegenheiten der Ziffern 1 - 3 in öffentlicher Sitzung zu behandeln.
- (3) Anfragen von Mitgliedern der Stadtvertretung sollen spätestens drei Arbeitstage vor der Sitzung bei der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister eingereicht werden. Mündliche Anfragen während der Stadtvertretungssitzung sollen, sofern sie nicht in der Sitzung selbst beantwortet werden, spätestens innerhalb von vierzehn Tagen schriftlich beantwortet werden. Die Einwohnerfragestunde steht den Mitgliedern der Stadtvertretung für ihre Anfragen nicht zur Verfügung.

§ 5 Aufgabenverteilung / Hauptausschuss

- (1) Dem Hauptausschuss gehören neben der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister acht Mitglieder der Stadtvertretung an. Die Fraktionen und Zählgemeinschaften benennen neben diesen weitere acht Mitglieder der Stadtvertretung als stellvertretende Hauptausschussmitglieder.
- (2) Außer den ihm gesetzlich übertragenen Aufgaben obliegen dem Hauptausschuss alle Entscheidungen, die nicht nach § 22 Absatz 3 KV M-V als wichtige Angelegenheiten der Stadtvertretung vorbehalten sind bzw. durch die folgenden Vorschriften der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister übertragen werden. Davon unberührt bleiben die der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister gesetzlich übertragenen Aufgaben, insbesondere die Geschäfte der laufenden Verwaltung.
- (3) Der Hauptausschuss trifft Entscheidungen
 1. über die Einleitung und Ausgestaltung von Vergabeverfahren bei einem geschätzten Auftragswert bei (Anm.: Umsetzung § 22 neuer Abs. 4a KV-Novelle)
 - a) Bauleistungen innerhalb einer Wertgrenze von 250.000,00 € bis 500.000,00 €,
 - b) Liefer- und Dienstleistungen innerhalb einer Wertgrenze von 100.000,00 € bis 220.000,00 €,
 - c) freiberufliche Leistungen innerhalb einer Wertgrenze von 50.000,00 € bis 100.000,00 €,
 2. über Verträge nach § 38 Absatz 6 Satz 7 und 8 KV M-V, die auf einmalige Leistungen gerichtet sind, innerhalb einer Wertgrenze von über 10.000,00 € bis 25.000,00 € sowie bei wiederkehrenden Leistungen innerhalb einer Wertgrenze von über 2.500,00 € bis 5.000,00 € pro Monat, (Anm.: bisher 7.500,00 €; Abstimmung auf Wertgrenze für nichtförmli. Markterkundungsverfahren durch Verwaltung)

3. über überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen innerhalb einer Wertgrenze von 10 bis 20 % der betreffenden Haushaltsstelle, jedoch nicht mehr als 25.000,00 € sowie bei außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen innerhalb einer Wertgrenze von 5.000,00 € bis 25.000,00 € je Fall,
 4. bei Erwerb, Veräußerung oder Belastung von Grundstücken **und grundstücksgleichen Rechten** innerhalb einer Wertgrenze von 5.000,00 € bis 50.000,00 €, bei Hingabe von Darlehen, die innerhalb eines Haushaltsjahres zurückgezahlt werden, bis zu 50.000,00 € sowie bei Aufnahmen von Krediten im Rahmen des Haushaltsplanes innerhalb einer Wertgrenze bis zu 1.000.000,00 €; **bei Erbbaurechten ist der maßgebliche Wert der Verkehrswert des betroffenen Grundstücks**,
 5. über Bürgschaften, den Abschluss von Gewährverträgen, die Bestellung sonstiger Sicherheiten für Dritte sowie wirtschaftlich gleich zu achtende Rechtsgeschäfte bis zu einer Wertgrenze von 50.000,00 €,
 6. über städtebauliche Verträge, insbesondere Erschließungsverträgen und Durchführungsverträgen zu vorhabenbezogenen Bebauungsplänen von 50.000,00 € bis 500.000,00 €,
 7. im Rahmen des Städtebauförderungsprogramms sowie des Programms der Wohnumfeldverbesserung innerhalb einer Wertgrenze von 25.000,00 € bis 100.000,00 €,
 8. über die Veräußerung von beweglichen Sachen des Anlagevermögens, wenn die Gegenleistung für die Veräußerung im Einzelfall 5.000,00 € jedoch nicht 50.000,00 € übersteigt,
 9. über den Abschluss kreditähnlicher Rechtsgeschäfte, wenn der Betrag oder Wert im Einzelfall 25.000,00 € jedoch nicht 125.000,00 € übersteigt,
 10. über die Führung von Rechtsgeschäften mit einem Streitwert von mehr als 25.000,00 € jedoch nicht mehr als 125.000,00 €.
- (4) **Der Hauptausschuss entscheidet über das Einvernehmen bei Personalentscheidungen nach § 38 Absatz 2 Satz 5 KV M-V.** Entscheidungen über amtsumlagefähige Stellen trifft der Hauptausschuss **zusätzlich** im Einvernehmen mit dem Amtsausschuss gemäß dem öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen dem Amt „**Am Stettiner Haff**“ und der Stadt Eggesin vom **03.01.2022** in der geltenden Fassung.
- (5) Der Hauptausschuss entscheidet über die Annahme oder Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen im Sinne von § 44 Absatz 4 KV M-V von 100,00 € bis 1.000,00 €.
- (6) Die Stadtvertretung ist laufend über die Entscheidungen im Sinne der Absätze 2 bis 5 zu unterrichten.
- (7) Die Sitzungen des Hauptausschusses sind nicht öffentlich.

§ 6 Ausschüsse

(1) Folgende Ausschüsse werden gemäß § 36 KV M-V gebildet:

1. Beschließende Ausschüsse

- **Betriebsausschuss**

Aufgabengebiet: Angelegenheiten des Eigenbetriebes „Wohnungswirtschaft der Stadt Eggesin“ gemäß Eigenbetriebssatzung

Zusammensetzung: 5 Mitglieder der Stadtvertretung

Tagungsart: nicht öffentlich

2. Beratende Ausschüsse

- **Finanzausschuss**

Aufgabengebiet: Finanz- und Haushaltswesen, Steuern, Gebühren, Beiträge und sonstige Abgaben

Zusammensetzung: 5 Mitglieder der Stadtvertretung

Tagungsart: nicht öffentlich

- Ausschuss für Bau- und Stadtentwicklung, Wirtschaft, Verkehr und Umwelt

Aufgabengebiet: Flächennutzungsplanung, Bauleitplanung, Bau- und Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Hoch-, Tief- und Straßenbauangelegenheiten, Denkmalpflege, Probleme der Kleingartenanlagen, Naturschutz, Landschaftspflege, Abfallkonzepte, Fremdenverkehr

Zusammensetzung: 5 Mitglieder der Stadtvertretung sowie 3 sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner

Tagungsart: öffentlich

- Ausschuss für Schule, Kultur, Sport, Jugend, Senioren und Soziales

Zusammensetzung: 5 Mitglieder der Stadtvertretung sowie 3 sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner

Aufgabengebiet: Betreuung der Schul- und Kultureinrichtungen, Kulturförderung und Sportentwicklung, Jugendförderung und Sozialwesen, Altenbetreuung, Behinderten- und Seniorenförderung

Tagungsart: öffentlich

- (2) Die Stadtvertretung wählt für die genannte Anzahl der Ausschussmitglieder jeweils Stellvertreter. Die stellvertretenden Ausschussmitglieder der jeweiligen Fraktion sind berechtigt, sich gegenseitig zu vertreten (Vertreterpool). Das Verhältnis zwischen sachkundigen Einwohnerinnen bzw. Einwohnern und Mitgliedern der Stadtvertretung ist zu beachten.
- (3) § 4 Absatz 2 gilt entsprechend.
- (4) Die Aufgaben des Rechnungsprüfungsausschusses werden dem Rechnungsprüfungsausschuss des Amtes „Am Stettiner Haff“ übertragen.

§ 7 Bürgermeisterin oder Bürgermeister

- (1) Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister wird für sieben Jahre gewählt.
- (2) Sie oder er trifft Entscheidungen unterhalb der Wertgrenzen des § 5 Absatz 3 und Absatz 5 dieser Hauptsatzung.
- (3) Verpflichtungserklärungen der Stadt, auch die im Sinne des § 38 Absatz 6 der KV M-V bis zu einer Wertgrenze von 7.500,00 € bzw. bei wiederkehrenden Verpflichtungen von 2.500,00 € pro Monat können von der Bürgermeisterin oder vom Bürgermeister allein bzw. durch einen von ihr oder ihm beauftragten Bediensteten in einfacher Schriftform ausgefertigt werden. Bei Erklärungen gegenüber einem Gericht liegt diese Wertgrenze bei 25.000,00 €.
- (4) Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister holt vor Personalentscheidungen über amtsumlagefähige Stellen, die nicht solche nach § 38 Absatz 2 Satz 5 KV M-V betreffen, die empfehlende Stellungnahme des Personalbeirates des Amtes „Am Stettiner Haff“ ein. ~~Personalentscheidungen über amtsumlagefähige Stellen trifft die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister im Benehmen mit dem Personalbeirat des Amtes „Am Stettiner Haff“~~ gemäß dem öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen dem Amt „Am Stettiner Haff“ und der Stadt Eggesin vom 03.01.2022 in der geltenden Fassung.
- (5) Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister entscheidet über
1. die interkommunale Abstimmung nach § 2 Absatz 2 BauGB,
 2. das Einvernehmen nach § 14 Absatz 2 BauGB (Ausnahme von Veränderungssperren),
 3. die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens im bauaufsichtlichen Verfahren nach § 36 Absatz 1 BauGB,

4. die Versagung des gemeindlichen Einvernehmens im bauaufsichtlichen Verfahren nach § 36 Absatz 2 BauGB,
5. Abweichungen von örtlichen Bauvorschriften nach § 67 Absatz 1 Satz 1 LBauO M-V,
6. Ausnahmen und Befreiungen bei verfahrensfreien Bauvorhaben nach § 67 Absatz 2 Satz 1 LBauO M-V,
7. die Genehmigung nach § 173 Absatz 1 BauGB,
8. die Anordnung von Maßnahmen nach § 176 Absatz 1, § 177 Absatz 1, § 178 und § 179 Absatz 1 BauGB.

Sie oder er ist zuständig, wenn das Vorkaufsrecht (§ 22 DSchG, §§ 24 ff. BauGB) nicht ausgeübt werden soll.

(6) Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister entscheidet über die Annahme oder Vermittlung von Spenden, Schenkungen oder ähnlichen Zuwendungen **unter** 100,00 €.

(7) Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 150,00 €.

§ 8 Stellvertretung der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters (Anm.: bisher je 200,00 €)

Die **erste** Stellvertretung der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von **350,00 €**, **die zweite Stellvertretung der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 250,00 €.**

§ 9 Festlegungen der Wertgrenzen für unbestimmte Begriffe und Betragsgrenzen in der Haushaltswirtschaft (Anm.: durch FB Finanzen aktualisiert; Wertgrenzen tlw. erhöht)

(1) Festlegung zu § 48 Absatz 2 und 3 KV M-V - Notwendigkeiten für den Erlass einer Nachtragshaushaltssatzung

Eine Nachtragshaushaltssatzung ist unverzüglich zu erlassen, wenn sich zeigt, dass die nachstehend aufgeführten Grenzen für die Erheblichkeit bzw. Wesentlichkeit erreicht bzw. überschritten werden.

Als wesentlich im Sinne des § 48 Absatz 2 Ziffer 1 KV M-V sind Fehlbeträge bzw. Deckungslücken anzusehen, wenn sie 3 v. H. der laufenden Aufwendungen bzw. laufenden Auszahlungen übersteigen.

Als erheblich im Sinne des § 48 Absatz 2 Ziffer 2 KV M-V sind bisher nicht veranschlagte oder zusätzliche Aufwendungen bei einzelnen Aufwandspositionen, wenn sie 3 v. H. der laufenden Aufwendungen übersteigen. Entsprechend gilt die Erheblichkeitsgrenze für die Auszahlungen im Finanzhaushalt.

Als geringfügig im Sinne des § 48 Absatz 3 Ziffer 1 KV M-V gelten unabweisbare Auszahlungen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen sowie unabweisbare Aufwendungen und Auszahlungen für Instandsetzungen an Bauten und Anlagen, wenn sie 50.000,00 € nicht übersteigen.

Als geringfügig nach § 48 Absatz 3 Nr. 2 KV M-V gilt eine Abweichung vom Stellenplan, wenn sie 3 v. H. der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen nicht übersteigt.

(2) Festlegung zu § 4 Absatz 9 GemHVO-Doppik der Wertgrenze der Wesentlichkeit für die Notwendigkeit der Erläuterung in den Teilhaushalten

Als erheblich im Sinne des § 4 Absatz 9 Ziffer 1 GemHVO-Doppik gelten Ansätze für Aufwendungen und Auszahlungen zur Erfüllung von Verträgen, die die Gemeinde über ein Haushaltsjahr hinaus zu Zahlungen verpflichten, wenn diese 1 % der Aufwendungen bzw. Auszahlungen je Vertrag übersteigen.

Als erheblich im Sinne des § 4 Absatz 9 Ziffer 2 GemHVO-Doppik gelten Abweichungen von den planmäßigen Abschreibungen, wenn diese 5 % der planmäßigen Abschreibungen betragen.

Als wesentlich im Sinne des § 4 Absatz 9 Ziffer 4 GemHVO-Doppik gelten Ansätze für Erträge und Aufwendungen sowie Ein- und Auszahlungen, soweit diese um 10 % von den Ansätzen des Haushaltsvorjahres abweichen.

(3) Festlegung zu § 7 Absatz 1 GemHVO-Doppik für die Wertgrenze der Erheblichkeit für Änderungen für die Aufnahme in den Nachtragshaushaltsplan, hier in den Ergebnishaushalt, in den Finanzhaushalt und in die Teilhaushalte

Als erheblich im Sinne des § 7 Absatz 1 GemHVO-Doppik gelten Änderungen der Ansätze von Erträgen und Aufwendungen sowie Ein- und Auszahlungen, die zum Zeitpunkt der Aufstellung des Nachtragshaushaltsplans bereits geleistet oder angeordnet wurden oder absehbar sind, soweit diese um 10 v. H. von den Ansätzen des Haushaltsplans abweichen.

(4) Festlegung von Wesentlichkeitsgrenzen bei der Erstellung der Jahresabschlüsse

Den in der Ergebnisrechnung nachzuweisenden Ergebnissen sind die Ergebnisse der Rechnung des Haushaltsvorjahres und die Ansätze des Haushaltsjahres gegenüberzustellen - Unterschiede sind gemäß § 44 Absatz 3 GemHVO-Doppik im Anhang anzugeben und zu erläutern, sofern sie größer als 5 v. H. der Erträge und Aufwendungen sind.

Entsprechend § 45 Absatz 3 GemHVO-Doppik sind den in der Finanzrechnung nachzuweisenden Ergebnissen die Ergebnisse der Rechnung des Haushaltsvorjahres und die Ansätze des Haushaltsjahres gegenüberzustellen und Unterschiede im Anhang anzugeben und zu erläutern, sofern sie mehr als 5 v. H. der Einzahlungen und Auszahlungen je Teilhaushalt betragen.

In der Bilanz ist zu jedem Posten der entsprechende Betrag der Bilanz des Haushaltsvorjahres anzugeben; Veränderungen sind gemäß § 47 Absatz 2 GemHVO-Doppik zu erläutern, wenn diese Veränderung mindestens 2 v. H. je Bilanzposition beträgt.

§ 10 Gleichstellungsbeauftragte

- (1) Die Gleichstellungsbeauftragte ist ehrenamtlich tätig. Sie wird durch die Stadtvertretung für fünf Jahre bestellt. ~~Die Wahlzeit ist identisch mit der Legislaturperiode der Stadtvertretung.~~ Die Gleichstellungsbeauftragte unterliegt mit Ausnahme der Regelung in § 41 Absatz 5 KV M-V der Dienstaufsicht der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters.
- (2) Die Gleichstellungsbeauftragte hat die Aufgabe, zur Verwirklichung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der Stadt beizutragen.
Zu ihren Aufgaben gehören insbesondere:
1. die Prüfung von Verwaltungsvorlagen auf ihre Auswirkungen für die Gleichstellung von Männern und Frauen,
 2. Initiativen zur Verminderung geschlechterspezifischer Defizite in der Stadt,
 3. die Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Gruppen, Institutionen, Betrieben und Behörden,
 4. ein jährlicher Bericht über ihre Tätigkeit sowie über Gesetze, Verordnungen und Erlasse des Bundes und des Landes zu geschlechterspezifischen Belangen.
- (3) Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister hat die Gleichstellungsbeauftragte im Rahmen ihres Aufgabenbereiches an allen Vorhaben so frühzeitig zu beteiligen, dass deren Initiativen, Vorschläge, Bedenken und sonstige Stellungnahmen berücksichtigt werden können. Dazu sind ihr die zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Unterlagen zur Kenntnis zu geben sowie Auskünfte zu erteilen.

§ 11 Beiräte

(Anm.: Umsetzung neuer § 41a KV-Novelle)

(1) Gemäß § 41a KV M-V wird ein Seniorenbeirat gebildet.

Aufgaben: Stärkung der Mitwirkung der Seniorinnen und Senioren und Förderung der aktiven Beteiligung am sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben; Verbesserung der Beziehungen zwischen den Generationen; Förderung des Prozesses des Alterwerdens in Würde und ohne Diskriminierung unter aktiver Eigenbeteiligung; Beratung und Unterstützung der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters und der Gemeindevertretung bei der politischen Entscheidungsfindung

Besetzung: bis zu acht Mitglieder

Zusammensetzung:

1. bis zu fünf geborene Mitglieder

Diese sind Mitarbeiter bzw. Angehörige der Herkunft

- Seniorenverein Eggesin e. V.
- Volkssolidarität Kreisverband Uecker-Randow e. V.
- AWO-Kreisverband Uecker-Randow e. V.
- Evangelische Kirchengemeinde Ahlbeck
- Ausschuss für Schule, Kultur, Sport, Jugend, Senioren und Soziales der Stadtvertretung Eggesin

und

2. weitere Mitglieder bis zur Anzahl der zulässigen Maximalbesetzung

Weitere Beiräte können gebildet werden.

- (2) Der Beirat arbeitet auf der zusätzlichen Grundlage einer von der Stadtvertretung beschlossenen Satzung.
- (3) Die Besetzung des Beirats ~~bezüglich der weiteren Mitglieder~~ erfolgt nach demokratischen Grundsätzen. Näheres regelt die Satzung nach Absatz 2.
- (4) Die oder der Vorsitzende des Beirats nimmt an den Sitzungen des fachlich zuständigen Ausschusses teil. Sie oder er hat in den wichtigen Angelegenheiten, die die jeweilige Bevölkerungsgruppe in besonderer Weise betreffen, dort ein Rede- und Antragsrecht.
- (5) Die Sitzungen des Beirats finden nicht öffentlich statt.
- (6) Der Beirat berichtet mindestens einmal im Jahr im fachlich zuständigen Ausschuss über seine Arbeit.
- (7) Im Rahmen der kommunalen Haushaltswirtschaft wird dem Beirat ein finanzielles jährliches Budget zur Verfügung gestellt.

§ 12 Entschädigungen

- (1) Die Stadt gewährt monatliche funktionsbezogene Entschädigungen für die ehrenamtliche Tätigkeit (Anm.: bisher je 300,00 €)
 - der Präsidentin oder des Präsidenten der Stadtvertretung in Höhe von 350,00 € und
 - der Stellvertretung des oder der Vorsitzenden der Stadtvertretung bei Verhinderung der vertretenen Person für die Dauer der Stellvertretung in Höhe von 350,00 €.
- (2) Die Vorsitzenden der Fraktionen erhalten eine monatliche funktionsbezogene Aufwandsentschädigung in Höhe von 120,00 €.
- (3) Die Mitglieder der Stadtvertretung erhalten für die Teilnahme an Sitzungen
 - der Stadtvertretung,
 - des Ausschusses, dem sie angehören, sowie
 - der Fraktioneneine sitzungsbezogene Aufwandsentschädigung in Höhe von 40,00 €.
- (4) Die sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner erhalten für die Teilnahme an Sitzungen des Ausschusses, dem sie angehören, sowie für die Teilnahme an Fraktionssitzungen eine sitzungsbezogene Aufwandsentschädigung in Höhe von 40,00 €.

- (5) Ausschussvorsitzende oder ihre Stellvertretung erhalten für jede von ihnen geleitete Ausschusssitzung eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 60,00 €.
- (6) Mitglieder der Stadtvertretung, die keine funktionsbezogene Aufwandsentschädigung erhalten, erhalten zusätzlich einen monatlichen Sockelbetrag in Höhe von 30,00 €.
- (7) Für mehrere Sitzungen an einem Tag wird nur eine sitzungsbezogene Aufwandsentschädigung gewährt.
- (8) Die Höchstzahl der Sitzungen der Fraktionen, für die ein Sitzungsgeld gezahlt wird, wird auf jährlich 9 beschränkt.
- (9) Die ehrenamtlich tätige Gleichstellungsbeauftragte erhält eine monatliche funktionsbezogene Aufwandsentschädigung in Höhe von 130,00 €. ~~Zusätzlich wird ihr für die Teilnahme an Sitzungen der Stadtvertretung sowie der Ausschüsse eine sitzungsbezogene Aufwandsentschädigung nach Absatz 3 gezahlt.~~
- (10) Die Stadt gewährt eine monatliche pauschalierte Aufwandsentschädigung für die ehrenamtliche Tätigkeit
 - der Führung der Stadtchronik in Höhe von 120,00 €, (Anm.: bisher 100,00 €)
 - der Leitung und Betreuung des Museums der Stadt in Höhe von 120,00 €, (bisher 60,00 €)
 - des Vorsitzes des Seniorenbeirats in Höhe von 120,00 €.
 Daneben werden keine Unkosten, Aufwendungen oder ähnliches ersetzt.
- (11) Vergütungen, Sitzungsgelder und Aufwandsentschädigungen aus einer Tätigkeit als Vertretung der Stadt in einer Gesellschafterversammlung oder ähnlichem Organ eines Unternehmens oder einer Einrichtung des privaten Rechts sind an die Stadt abzuführen, soweit sie monatlich 100,00 € überschreiten, aus einer Tätigkeit im Aufsichtsrat solcher Unternehmen oder Einrichtungen, soweit sie 250,00 €, bei deren Vorsitzenden und Vorständen bzw. Geschäftsführern 500,00 € überschreiten.

§ 13 Öffentliche Bekanntmachungen

(Anm.: konsequente Anwendung des Internets als Regelbekanntmachungsmedium; daher auch Wahlbekanntmachungen nun im Internet; bisher Aushang)

- (1) Öffentliche Bekanntmachungen der Stadt, die durch Rechtsvorschriften vorgegeben sind und soweit es sich nicht um solche nach dem Baugesetzbuch (BauGB) handelt, erfolgen im Internet auf der Homepage der Stadt unter www.eggesin.de, Bereich Bekanntmachungen. Im Internet bekannt gemachte Satzungen kann sich jedermann von der Stadt Eggesin, Stettiner Straße 1 in 17367 Eggesin, kostenpflichtig zusenden lassen. Textfassungen der vorgenannten Satzungen werden unter obiger Adresse bereitgehalten. Die Bekanntmachung und Verkündung ist mit Ablauf des ersten Tages bewirkt, an dem die Bekanntmachung in der Form nach Satz 1 im Internet verfügbar ist. Dieser Tag wird in der Bekanntmachung vermerkt. Auf die im Internet erfolgte Bekanntmachung wird im Amtlichen Mitteilungsblatt des Amtes „Am Stettiner Haff“ hingewiesen, ausgenommen die Einberufungen von öffentlichen Sitzungen der gemeindlichen Gremien.
- (2) Satzungen sowie sonstige öffentliche Bekanntmachungen aufgrund von Vorschriften des Baugesetzbuches (BauGB) werden durch Abdruck im Amtlichen Mitteilungsblatt des Amtes „Am Stettiner Haff“ bekannt gemacht. Die Bekanntmachung und Verkündung ist bewirkt mit Ablauf des Erscheinungstages. Das Amtliche Mitteilungsblatt des Amtes „Am Stettiner Haff“ erscheint monatlich und wird kostenfrei an alle Haushalte im Stadtgebiet verteilt. Darüber hinaus sind Bezugsmöglichkeiten einzeln und im Abonnement über das Amt „Am Stettiner Haff“ vorhanden. Die zusätzlichen Internetveröffentlichungen nach den Vorschriften des BauGB erfolgen über die Internetseite www.bauportal-mv.de sowie auf der Homepage der Stadt Eggesin unter www.eggesin.de.

- (3) Auf die gesetzlich vorgeschriebene Auslegung von Pläne und Verzeichnissen ist im Internet wie im Absatz 1 hinzuweisen. Die Auslegungsfrist beträgt einen Monat, soweit nicht gesetzlich etwas Anderes bestimmt ist. Beginn und Ende der Auslegung sind auf dem ausgelegten Exemplar mit Unterschrift und Dienstsiegel zu vermerken.
- (4) Vereinfachte Bekanntmachungen erfolgen durch Aushang an den Bekanntmachungstafeln der Stadt. Die Bekanntmachungstafeln befinden sich neben der Stadtverwaltung Stettiner Straße 1 (Schaukasten) und im Ortsteil Hoppenwalde an der Bushaltetasche Ueckermünder Straße.
- (5) Ist die öffentliche Bekanntmachung einer ortsrechtlichen Bestimmung in üblicher Form in Folge höherer Gewalt oder sonstiger unabwendbarer Ereignisse nicht möglich, so ist diese durch Aushang an den Bekanntmachungstafeln nach Absatz 4 zu veröffentlichen. Die Aushangfrist beträgt 14 Tage. In diesen Fällen ist die Bekanntmachung in üblicher Form unverzüglich nachzuholen, sofern sie nicht durch Zeitablauf gegenstandslos geworden ist.
- (6) Über Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzungen der öffentlich tagenden Gremien wird an den Bekanntmachungstafeln nach Absatz 4 informiert.
- (7) Für öffentliche Bekanntmachungen Dritter gilt Absatz 1 entsprechend.

§ 14 Ortsteile

- (1) Das Gemeindegebiet besteht **neben dem Stadtgebiet** von Eggesin aus dem Ortsteil Hoppenwalde.
- (2) Eine Ortsteilvertretung wird nicht gebildet.

§ 15 Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. **Abweichend davon treten die §§ 8 und 12 Absatz 1 bis 8, 10 und 11 mit Wirkung zum 01.01.2025 in Kraft.**
- (2) Gleichzeitig tritt die Hauptsatzung vom 27.01.2020 in der geltenden Fassung außer Kraft.

Der Landrat des Landkreises Vorpommern-Greifswald als untere Rechtsaufsichtsbehörde



Landkreis Vorpommern-Greifswald, Postfach 11 32, 17464 Greifswald

Stadt Eggesin
Die Bürgermeisterin
Stettiner Straße 1
17367 Eggesin

Amt für Kommunalberatung/-aufsicht und Kreistagsbüro

Sachgebiet:	Kommunalberatung/-aufsicht
Auskunft erteilt:	Kathrin Anders
Funktion:	Sachbearbeiterin
Besucheranschrift:	17489 Greifswald, Feldstraße 85 a
Zimmer:	2.219
Telefon-Nummer:	03834 8760 1205
FAX-Nr.:	03834 8760 91205
E-Mail:	kathrin.anders@kreis-vg.de
beBPO:	Amt für Kommunalberatung/-aufsicht Vorpommern-Greifswald
Ihr Zeichen:	...
Ihre Nachricht vom:	...
Mein Zeichen:	15.1
Datum:	19.03.2025

Hauptsatzung der Stadt Eggesin Verfahren gemäß § 5 Abs. 2 KV M-V

Sehr geehrter Frau Schwibbe,

mit Mail vom 24.01.2025 wurde die durch die Stadtvertretung am 12.12.2024 beschlossene o. g. Hauptsatzung (HS) mit den notwendigen Unterlagen gem. § 5 Abs. 2 KV M-V beim Landrat des Landkreises Vorpommern-Greifswald als untere Rechtsaufsichtsbehörde angezeigt. Folgende Rechtsverstöße werden geltend gemacht:

§ 10 HS Gleichstellungsbeauftragte

§ 10 Abs. 1 Satz 3 HS lautet:

„Sie wird durch die Stadtvertretung für fünf Jahre bestellt. Die Wahlzeit ist identisch mit der Legislaturperiode der Stadtvertretung.“

Gemeinden können gem. § 41 Abs. 1 Satz 3 KV M-V Gleichstellungsbeauftragte bestellen, die ehrenamtlich tätig sein können. Nach § 41 Abs. 2 KV M-V erfolgt die Bestellung, soweit nicht durch die Hauptsatzung eine Übertragung auf den Hauptausschuss stattgefunden hat, durch die Gemeindevertretung. Die Aufhebung der Bestellung bedarf eines Beschlusses mit der Mehrheit von zwei Dritteln aller Mitglieder der Gemeindevertretung.

Eine Beschränkung des Zeitraumes der Bestellung der Gleichstellungsbeauftragten in der Hauptsatzung sieht das Gesetz nicht vor. Geregelt ist die Aufhebung der Bestellung durch Beschluss der Gemeindevertretung mit der Mehrheit von zwei Dritteln aller Mitglieder der Gemeindevertretung. Die Regelung des § 10 Abs. 1 Satz 3 HS ist daher unzulässig.

§ 12 HS Entschädigungen

Nach § 12 Abs. 9 Satz 2 HS wird der Gleichstellungsbeauftragten für die Teilnahme an Sitzungen der Stadtvertretung sowie der Ausschüsse eine sitzungsbezogene Aufwandsentschädigung von 40 € gewährt.

Die Entschädigungsverordnung (EntschVO M-V) regelt die Gewährung von pauschalierten Entschädigungen an die in § 174 Absatz 1 Nummer 8 der Kommunalverfassung genannten ehrenamtlich Tätigen in den kommunalen Körperschaften (Gemeinden, Landkreise, Ämter und Zweckverbände). Paragraf 174 Absatz 1 Nummer 8 KV M-V erfasst u. a. ehrenamtliche

Hinweis: Bitte ausschließlich die Postanschrift verwenden!

Landkreis Vorpommern-Greifswald

Kreissitz
Feldstraße 85 a
17489 Greifswald

Postanschrift
Postfach 11 32
17464 Greifswald

Bankverbindungen

Sparkasse Vorpommern
IBAN: DE96 1505 0500 0000 0001 91
BIC: NOLADE21GRW

Sparkasse Uecker-Randow
IBAN: DE81 1505 0400 3110 0000 58
BIC: NOLADE21PSW

Telefon: 03834 8760-0
Telefax: 03834 8760-9000

Internet: www.kreis-vg.de
E-Mail: posteingang@kreis-vg.de

Gläubiger-Identifikationsnummer
DE11ZZZ00000202986

Gleichstellungsbeauftragte. Paragraph 12 EntschVO M-V sieht lediglich eine monatliche Aufwandsentschädigung für Gleichstellungsbeauftragte vor. Diese wurde auch im § 12 Abs. 9 Satz 1 HS festgeschrieben. Sitzungsbezogene Aufwandsentschädigung werden im § 14 EntschVO M-V geregelt. Gleichstellungsbeauftragte sind dort nicht erfasst. Die im § 12 Abs. 9 Satz 2 HS geregelte sitzungsbezogene Aufwandsentschädigung für Gleichstellungsbeauftragte ist somit unzulässig.

Zudem beachten Sie bitte Folgendes:

§ 5 HS Aufgabenverteilung/Hauptausschuss

Im Vergaberecht wird auf den geschätzten Auftragswert (§§ 17 TVgG M-V, 3 VgV) abgestellt. Daher sollte die Formulierung im § 5 Abs. 3 Nr. 1 HS „bei einem geschätzten Wert“ durch „bei einem geschätzten Auftragswert“ ersetzt werden.

§ 5 Abs. 4 und 7 Abs. 4 HS

Nach § 38 Absatz 2 Satz 5 KV M-V übt die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister über die leitenden Bediensteten, die ihr oder ihm unmittelbar nachgeordnet sind, die Befugnisse nach Satz 4 im Einvernehmen mit der Gemeindevertretung aus, soweit sie dies nicht durch die Hauptsatzung auf den Hauptausschuss übertragen hat. Nach Satz 4 ist die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister oberste Dienstbehörde für die Gemeindebediensteten, soweit nichts anderes bestimmt ist

§ 5 Abs. 4 HS lautet:

„Der Hauptausschuss entscheidet über das Einvernehmen bei Personalentscheidungen nach § 38 Absatz 2 Satz 5 KV M-V. Entscheidungen über amtsumlagefähige Stellen trifft der Hauptausschuss zusätzlich im Einvernehmen mit dem Amtsausschuss gemäß dem öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen dem Amt „Am Stettiner Haff“ und der Stadt Eggesin vom 03.01.2022 in der geltenden Fassung.“

§ 7 Abs. 4 HS lautet:

„Personalentscheidungen über amtsumlagefähige Stellen trifft die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister im Benehmen mit dem Personalbeirat des Amtes „Am Stettiner Haff“ gemäß dem öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen dem Amt „Am Stettiner Haff“ und der Stadt Eggesin vom 03.01.2022 in der geltenden Fassung.“

Die § 5 Abs. 4 HS und § 7 Abs. 4 HS widersprechen sich.

§ 7 HS Bürgermeisterin oder Bürgermeister

§ 7 Abs. 2 HS ist um „und Abs. 4“ zu ergänzen, da es sonst keine Regelung für die Annahme von Spenden... unterhalb von 100 € gibt.

§ 11 HS Beiräte

Nach § 41a Abs. 1 Satz 2 KV M-V regelt die Hauptsatzung die Bildung, Zusammensetzung, Besetzung und Aufgaben der Beiräte.

Die Regelungen des § 11 Abs. 1 und 2 HS sind hinsichtlich der Besetzung und Zusammensetzung des Beirates unbestimmt. Auf das Muster einer Hauptsatzung des Städte- und Gemeindetages M-V e.V. wird verwiesen. Dort ist bei der Besetzung und Zusammensetzung die „konkrete Anzahl der Mitglieder“ genannt. Außerdem wird der Beirat danach insgesamt nach demokratischen Grundsätzen besetzt.

Die vorgelegte HS bestimmt unter § 11 Abs. 1

Besetzung: bis zu 8 Mitglieder

Zusammensetzung: bis zu 5 geborene Mitglieder (Mitarbeiter bzw. Angehörige der Herkunft bestimmter Vereine, der Evangelischen Kirchengemeinde Ahlbeck oder des Ausschusses für Schule, Kultur, Sport, Jugend, Senioren und Soziales der Stadtvertretung Eggesin

Fraglich ist, wonach die Besetzung des Beirates erfolgen soll. Paragraph 11 Abs. 2 HS trifft nur eine Regelung für die Besetzung des Beirats bezüglich der weiteren Mitglieder. Diese soll nach

demokratischen Grundsätzen erfolgen. Das Muster einer Hauptsatzung des Städte- und Gemeindetages M-V e.V. enthält eben diese Regelung, stellt aber bzgl. näherer Regelungen dazu auf eine von der Gemeindevertretung zu beschließenden Satzung ab. Die Stadt Eggesin hat ausdrücklich auf eine entsprechende Satzung verzichtet. Es besteht auch keine gesetzliche Verpflichtung zum Erlass einer solchen Satzung. Es fehlt nun jedoch die Konkretisierung der demokratischen Grundsätze für die Besetzung des Beirats bezüglich der weiteren Mitglieder.

Zudem ist fraglich, wie die Besetzung der geborenen Mitglieder erfolgen soll. Geregelt ist nur, dass die geborenen Mitglieder Mitarbeiter bzw. Angehörige der Herkunft bestimmter Vereine, der Evangelischen Kirchengemeinde Ahlbeck oder des Ausschusses für Schule, Kultur, Sport, Jugend, Senioren und Soziales der Stadtvertretung Eggesin sein sollen. Auf welcher Grundlage sollen die konkreten Mitarbeiter bestimmt werden?

§ 14 HS Ortsteile

Gemäß § 42 Abs. 1 Satz 3 KV M-V regelt die Hauptsatzung die Bildung und Bezeichnung der Ortsteile einschließlich ihrer räumlichen Abgrenzung auf Basis des Liegenschaftskatasters anhand einer textlichen Beschreibung oder einer grafischen Darstellung, die Bildung der Ortsteilververtretungen sowie die Bezeichnung und Anzahl der Mitglieder.

Es sind Regelungen zur räumlichen Abgrenzung auf Basis des Liegenschaftskatasters anhand einer textlichen Beschreibung oder einer grafischen Darstellung zu treffen. Zudem ist in die Hauptsatzung ausdrücklich aufzunehmen, ob Ortsteilververtretungen gebildet werden. Ein Verzicht ist ebenso zu formulieren. Auf nähere Ausführungen in der Arbeitshilfe des Städte- und Gemeindetages zu Konstituierung S. 26/27/38/39/44 wird verwiesen.

Im Einführungserlass zur KV M-V vom 28.06.2024 hat das Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung M-V ein ausführliches Rundschreiben zu dieser Thematik angekündigt, das unter anderem Beispiele für Hauptsatzungsregelungen zur Abgrenzung der Ortsteile enthalten wird.

Nach Vorlage dieses Rundschreibens ist die Hauptsatzung zu überarbeiten.

Nach § 5 Abs. 5 Satz 1 KV M-V kann ein Verstoß gegen Verfahrens- und Formvorschriften, die in diesem Gesetz enthalten oder aufgrund dieses Gesetzes erlassen worden sind, nach Ablauf eines Jahres seit der öffentlichen Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden, wenn bei der Bekanntmachung auf die Regelungen dieses Absatzes hingewiesen worden ist.

Daher wird empfohlen folgenden Hinweis im Anschluss an die Unterschrift des Bürgermeisters unter die Satzung anzubringen

„Hinweis nach § 5 Abs. 5

Soweit beim Erlass dieser Satzung gegen Verfahrens- und Formvorschriften verstoßen wurde, können diese Verstöße entsprechend § 5 Abs. 5 der Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern nur innerhalb eines Jahres geltend gemacht werden. Die Frist gilt nicht für die Verletzung von Anzeige-, Genehmigungs- oder Bekanntmachungsvorschriften.“

(PdK MV B-1, KV M-V § 5 4.5, beck-online)

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag



Robert Praefcke

Sachgebietsleiter Kommunalberatung/ -aufsicht